

Dresdner Volkszeitung

Hausdruck: Leipzig, Aden & Komp., Nr. 20615.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. K. Arnold, Dresden.

Abonnementpreise einschließlich Bringerlohn monatlich 1,75 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8,00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Zettinerplatz 10, Tel. 25261. Erscheinungstage: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zettinerplatz 10, Tel. 25261. Einschließung von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Insertionspreise: die 7 gespaltene Kompositorenzeile 50 Pfennig, bezogen 40 Prozent Leerungszuschlag. — Inserate sind im Voraus zu bezahlen. — Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht angenommen werden. — Für Beispielerlegungen werden 50 Pfennig erhoben.

Nr. 106a.

Dresden, Sonntag den 11. Mai 1919.

30. Jahrg.

Der Protest der englischen Arbeiterpartei

Der *Londoner Morning Post* berichtet aus London: Die Parteiführung, die der nationale Vorstand der Arbeiterpartei vertritt, hat folgenden Wortlaut: „Der nationale Vorstand der Arbeiterpartei ist der Meinung, daß der veröffentlichte Entwurf der Friedensbedingungen in verschiedenen wichtigen Punkten im Widerspruch mit den Erklärungen Wilsons, der alliierten Konferenz und der Wiener Tagung steht. Er ist, vom Gesichtspunkte des Weltfriedens aus gesehen, außerordentlich mangelhaft und trägt den Charakter eines Kompromisses auf der Ebene, die unter dem Einfluß des Imperialismus und des Imperialismus, die die europäischen Mächte noch beherrschen, dadurch zustande gekommen ist, daß die arbeitenden Arbeiter nicht in den Sitzungen vertreten waren, in denen die Festlegung der Friedensbedingungen erfolgte. Der allgemeine Geist der Friedensbedingungen liegt in keinerlei Übereinstimmung mit der Auffassung, die der Arbeiterstand von Frieden, Gerechtigkeit und Recht hat.“

Die Arbeiter sind die Verantwortlichen für die Verletzung der Grundrechte auf und nehmen, die bei der Regelung begangen wurde, und sehen daher unsere Hoffnung auf das Volk und die Kräfte der organisierten Demokratie, um den Gedanken einer friedlichen Bewusstheit aller Nationen zu helfen und zu entwickeln. Nur unter dem Einfluß des Arbeiterstandes, der in der Internationale organisiert ist, können die Gebrechen des heutigen Vertrags vollkommen ausgerottet und keine Bestimmungen durch den Völkerbund zur Herbeiführung einer wechselseitigen Ordnung in Europa im Lebensinteresse gebracht werden. Da der Krieg teilweise die bisher bereitete bilaterale Ordnung zerstört hat und der Vertrag keine Bestimmung für die gleiche Behandlung des Handels aller Nationen enthält, die den Frieden fördern, muß die dauernde Beibehaltung Deutschlands von der Mitgliedschaft des Völkerbundes eine Bedingung neuer Sitzungen und Ansuchen werden, die zu internationalen Zusammenkünften führen werden und im Zusammenhang damit eine Erhöhung der Rollen in maritimer, militärischer und administrativer Hinsicht für die alliierten Völker mit sich bringen. Daß Deutschland für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete Sorge tragen und für Entschädigungen aufkommen muß, für Reparationen, die es im Luft-, Land- und Seebereich dem Eigentum der Völker zugefügt hat, kann nicht in Zweifel gezogen werden.“

Amsterdam, 8. Mai. Durch Reuters geben einige Stimmen führender Männer über den Friedensvertrag wieder. Professor Albert Einstein sagt: Der Vertrag enthält einen Stachel gegen den Frieden und ist eine Herausforderung zu einem neuen Krieg. Die einzige Hoffnung auf einen wirklichen Frieden liegt in der Beibehaltung des Völkerbundes. Bernhard Shaw sagt ironisch: Die Friedensbedingungen machen die Welt sicher für die Demokratie in Deutschland und sehr leicht unsicher für sie überall sonst. Wir haben Deutschland seiner ganzen inneren Kraft beraubt und sie auf die eigenen Schultern genommen. Während wir unter dieser Last keuchen, wird Deutschland schließlich nach dem Wohlstand zurückkommen, ohne daß es für etwas anderes zu sorgen braucht, als für die eigene Wiederherstellung. Ähnlichend begrüßt Deutschland das hohe Verbot, aber es bekommt einen ausgezeichneten Gegenwert für sein Geld. Wer so fröhlich über die Welt spricht, kann jetzt noch keuchen, das wir selbst sind! Der Arbeiterführer Clemens sagt: Die Bedingungen sind bemerkenswert als die, welche Deutschland, wenn es Erfolg gehabt hätte, und auferlegt hätte. Die Herabsetzung des deutschen Gebietes, die Annahme des Völkerbundes, wie für unsere Zukunft eine Gefahr bleiben, es sei denn, daß mittels des Völkerbundes eine neue Regelung getroffen wird. Der Arbeiterführer Snowden erklärte: Der Vertrag muß Räuber, Imperialisten und Militaristen bestrafen. Er ist der Grundstein für die Bewegung derjenigen, die hoffen, daß das Ende des Krieges den Frieden bringen würde. Er ist kein Friedensvertrag, sondern die Erklärung eines neuen Krieges. Er ist ein Verstoß gegen die Demokratie und an den Toten des Krieges. Dieser Vertrag enthält die wahren Kriegsziele der Alliierten.

Eberts Antwort.

Am 8. Mai des sächsischen Ministerpräsidenten, Dr. Gradnauer, an den Reichspräsidenten Ebert gerichtete Telegramm hat dieser folgendes Antworttelegramm an den Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer gerichtet: Der Regierung des Reichspräsidenten danke ich zusammen mit der Reichsregierung für die Zustimmung zu unserer Stellungnahme gegenüber dem uns auferlegenden Gewaltfrieden. Diese Zustimmung bekräftigt uns in unserer Haltung und wird unsere Kraft in dem schweren Kampfe um die deutsche Zukunft steigern. Ebert, Reichspräsident.

Kein Einschubverbot.

Am 10. Mai. Der Wiener Mittag bringt die Meldung der schlesischen Arbeiterbewegung aus Bern, daß der direkte Einschubverbot, das Eisenwerk verhänglich befürwortet, nicht angedeutet werden solle.

Am 10. Mai. In der Arbeiterzeitung über die Besetzung der Schiffe. Die Besetzung der Schiffe ist die Voraussetzung

der Unabhängigkeit Deutschlands durch Deutschland mit dem Vorbehalt, diese Unabhängigkeit bleibe unberührt, ausgenommen bei Zustimmung durch den Völkerbund. Dies ist eine unerträgliche Einschränkung in die Souveränität und die volle Unabhängigkeit Deutschlands. Falls aber die Sieger und der Selbstbestimmungsrecht berauben wollen, ist uns der Weg vorgezeichnet. Wir müssen uns an den Völkerbund wenden, nachdem wir den Willen zum Einschub deutlich ausgesprochen haben, das heißt, wir müssen auf Grund eines Plebiszits vom Völkerbund verlangen, daß er das Selbstbestimmungsrecht anerkennt und daraus die Folgerungen zieht.

Renner, Leiter der österreichischen Friedensdelegation.

Am 10. Mai. (Meldung des Wiener Korresp.) Als Bevollmächtigter Österreichs und verantwortlicher politischer Leiter führt der Staatsminister Dr. Renner die Friedensdelegation nach St. Germain. Er ist berechtigt, die Haltung der Delegierten entsprechend den von den Vorkonferenzen beschlossenen allgemeinen Richtlinien zu bestimmen und die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Als seine politischen Berater haben die Vertreter der Nationalversammlung, die Abgeordneten Dr. Gruber und Dr. Schönauer, zu gelten. Die politische Kommission unter der Leitung des Generalkommissars, diese Generalkommissars haben die Vorkonferenzen für die Friedenskonferenz geleitet und durchgeführt und sind daher mit allen einschlägigen Fragen aufs innigste vertraut.

Französische Proklamationen.

Verfaßt, 10. Mai. Die französische Presse behandelt die Erklärungen Fehrenbachs und Scheidemanns im Friedensvertrage und übt Kritik an der deutschen Forderung, daß Deutschland wieder die Rechte der Vorkonferenzen zu erhalten. Die deutschen Forderungen sind im Grunde genommen eine Forderung nach dem Völkerbund, der die Vorkonferenzen nicht anerkennt. Die Vorkonferenzen sind die Grundlage der internationalen Beziehungen und die Vorkonferenzen sind die Grundlage der internationalen Beziehungen und die Vorkonferenzen sind die Grundlage der internationalen Beziehungen.

Verfaßt, 9. Mai. Journal des Debats schreibt: Die deutsche Presse protestiert gegen die Friedensbedingungen und erklärt sie für unmachbar. Die Deutschen können weder mit dem Völkerbund, noch mit dem Völkerbund einen Vertrag abschließen, der die Rechte der Vorkonferenzen nicht anerkennt. Die Vorkonferenzen sind die Grundlage der internationalen Beziehungen und die Vorkonferenzen sind die Grundlage der internationalen Beziehungen.

Die unzufriedenen Ostasiaten.

Amsterdam, 10. Mai. Dem Allg. Handelsbl. zufolge meldet die Daily Mail aus Tokio, daß die japanische öffentliche Meinung sich weniger mit dem Völkerbund als solchen beschäftigt, als mit den Beschläßen, die bezüglich der japanischen Interessen gefaßt worden sind. Diese Beschläße der Friedenskonferenz haben eine sehr feindselige Kritik hervorgerufen, die sich gegen den Völkerbund richtet. Verschiedene Blätter haben die äußere Grenze der Kritik gegen die amerikanischen Mächte im Fernen Osten und der persönlichen Interessen gegen den Präsidenten Wilson erreicht. Das Blatt *Yamato*, Shimizu, greift die Worte des Präsidenten Wilson heftig an und schreibt sie dem angelsächsischen Weltstreben zu, im Völkerbund die Oberherrlichkeit zu haben. Die *Yamato* tritt für einen Völkerbund der östlichen Völker ein. — Wie die Daily Mail meldet, bringt diese wütende Kritik der japanischen Blätter die bittere Enttäuschung Japans zum Ausdruck über die Nichtannahme seiner Vorschläge bezüglich der Gleichheit der Völker.

Am 9. Mai. China hat seine Repräsentanten in Paris beauftragt, einen Frieden der Japan die deutschen Rechte zu unterzeichnen.

Verurteilung in Aita.

Am 8. Mai. (Mentel.) Studenten der Universität und der höheren Schulen verurteilten gestern Abend eine Demonstration in Menge wurde von Polizeigruppen gestört. Von den Teilnehmern wurde einer getötet, neun wurden verletzt und 50 verhaftet.

Vertweigerung der Unterschrift?

Es handelt sich nicht darum, was wir erwartet haben, nicht darum, was die 14 Punkte Wilsons bedeuten, nicht um die Deutbarkeit der Begriffe Macht und Gerechtigkeit — nur um das eine: Was erreicht das Interesse unseres Volkes in dieser Stunde? Das ablehnende Nein! erschallt von der äußersten Rechten bis zu den Demokraten. Es gibt wohl keinen Menschen in Deutschland, selbst keinen Sozialisten, der nicht auf dem Standpunkt steht, daß dieser Friede ein Böhn ist auf die hohen Worte, mit denen auf der Gegenseite der Krieg geführt wurde.

Doch, wie gesagt, darum handelt es sich nicht. Wir müssen uns nicht und nicht fragen, ob wir die Macht haben, diesen Frieden abzulehnen, die Unterschrift zu verweigern, und vor allem, ob wir das verantworten können. Gehen wir den Dingen auf den Grund, so kommen wir zu dem Ergebnis: Wir können beides nicht verantworten, weder die Annahme noch die Ablehnung.

Die Friedensbedingungen sind derart hart und übersteigen die Leistungsfähigkeit unseres Landes in einem Maße, daß die Regierung die Verpflichtungen nur mit der Betonung annehmen kann, daß sie wohl den Willen, aber nicht die Kraft hat, sie zu erfüllen. Ein Lump, wer mehr tut als er kann! Vielleicht klärt uns die Entente darüber auf, wie sie an unsrer Stelle dieses Kunststück fertig brächte. Nimmt sie uns die Rohstoffe weg, brennt sie unsre Einfuhr, macht sie uns unmöglich, auszuführen, legt sie hohe Steuern auf, so muß sie auch das Mittel finden, wie unsre Arbeiter unter diesen Bedingungen leben und die Werte erhalten sollen, die die Entente von uns fordert. Die ganze Sinnlosigkeit der überspannten Forderungen tritt durch diese Frage auf.

Wenn wir aber nicht unterzeichnen? Rennebel hat es uns geraten. Er meint, die Entente müsse dann mit neuen vernünftigeren Forderungen kommen. Nun hat ja Rennebel es leicht, Ratsschlüsse zu erteilen. Die Alliierten können sich in aller Gemächlichkeit den Gegenzug leisten, die etwas gemilderte Blockade wieder in schärfste Wirksamkeit treten zu lassen, sie kann uns Befehle besetzen, und ob uns dann Herr Rennebel helfen wird, wegen wir zu begreifen.

Zu einer Nachnahme der künftigen ungarischen Rommle darf sich die Regierung um so weniger begeben, als diese mit Sicherheit für das deutsche Volk noch tragischer werden wird, als es in Ungarn der Fall ist. Die Politik der Vertweigerung ist ein Abgrund, aber kein Weg. Selbstmörderische Unvorsichtigkeit gegen die Verbündeten des Siegerbündnisses, das wäre die Torheit jenes Strodes, der es dem Vater gönnt, wenn sich der Junge die Hände erfriert — warum kauft er ihm keine Handschuhe!

Die Entente wird und muß zur Vernunft kommen. Sie muß uns im eigenen Interesse das Leben lassen, das für den Wiederaufbau der Welt so nötig ist wie das der andern. Diese Entwicklung müssen wir abwarten, ohne zu verzweifeln, die Röhre zusammenbeissen in der Gewißheit, daß sie nicht ausbleiben wird. Alles andre vor allem das Spielen mit dem eigenen Untergang, ist Wahnsinn!

Behandlung der deutschen Gegenanschläge.

Verfaßt, 10. Mai. Journal des Debats berichtet, daß der große Ausschuss beschlossen habe, einen Sonderausschuss für die Prüfung des Friedensvertrages nicht zu bilden. Der Ausschuss für Keutcher wird die Prüfung vornehmen. Das Plenum der Kammer wird am 13. Mai die Frage sowie den Vorschlag des Deputierten d'Aour auf Lösung eines großen Friedensausschusses erörtern.

Wie Journal berichtet, haben die Alliierten für die Prüfung der deutschen Gegenanschläge folgenden Vorschlag angenommen: Die deutschen Vorschläge werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Diese werden ihre Schlussfolgerungen formulieren und an den Rat der Vier senden, der darüber entscheidet, inwieweit den Schlussfolgerungen stattgegeben werden soll. Auf keinen Fall kann die Erörterung verlängert werden und die Deutschen werden die letzten Beschläße der Sieger anzunehmen haben.

Das Komitee der fünf Minister des Keutcher regelt die ungarischen Grenzen. Alle Ausschüsse müssen hierüber gutgeheißen. Heute sollen die österreichischen Grenzen geregelt werden. Die Abrüstungsfrage ist noch immer in der Schwebe.

Deutschlands Not.

Der 7. Mai 1919 ist Deutschlands schmerzhaftester Tag. Der Friedensvertrag hat die letzten Hoffnungen vernichtet. Schon während der sechs Monate des Waffenstillstandes machte es sich nachteilig und erheblich fühlbar, daß die Ausbeute der Rohlen- und Erzgruben in den besetzten Gebieten im Westen und Osten nicht mehr in unsere Hände lag. Die 80 Prozent der Verminderung der deutschen Rohlenförderung bedeuteten aber für Tausende Arbeiterhände Hunger und für den Staat Milliardenverluste. Nach dem 7. Mai wird es wohl nun manchem Deutschem in der nächsten Wo-